Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 10

Artikel: Die Aera Schulthess im schweizerischen Kapitalismus
Autor: Köng, Werner
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332122

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der Sowjetunion so gesunken ist, daß zuungunsten Deutschlands ein Einfuhrüberschuß von 146 Millionen Reichsmark entstand, gegenüber einem Aktivsaldo von 459 Millionen Reichsmark im Jahre 1931. Diese Zahlen wirken überzeugender als alle Moralpredigten des Führers und aller seiner Stellvertreter.

Die Moskauer »Prawda« schreibt zu diesem Vertrage: »Das Abkommen vom 8. April befindet sich in voller Uebereinstimmung mit jener Politik der Unterstützung und Festigung des allgemeinen Friedens, die die Sowjetunion unentwegt verfolgt.« An diesem Satz gibt es nichts zu rütteln und zu deuten. Der außenpolitische Kurs der Sowjetunion hat sich seit dem ersten Weltkongreß der Komintern vielfach gewandelt. Heute hat die Sowjetunion aber nur einen Kurs, der zielbewußt eingehalten wird: ein Bollwerk nicht der Weltrevolution, sondern des Weltfriedens zu sein. Das beweisen auch die noch schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion. In welcher Form schließlich ein Abkommen ratifiziert wird, ist ja nicht so ausschlaggebend als die Tatsache, daß von der Sowjetunion auch in Paris nicht die Fahne der Weltrevolution, sondern des Weltfriedens hochgehalten wird. Und wenn die These richtig ist, daß für die Sowjetunion der Friede eine Existenzfrage ist, so ist die weitere These nicht minder richtig, daß ein Krieg die Existenzfrage von ganz Europa entscheidet. Und dann wird sich auch die Frage entscheiden, ob der Marxismus oder der Kapitalismus die Weltrevolution und den Untergang des Abendlandes verschuldet hat.

Die Aera Schultheß im schweizerischen Kapitalismus

Von Werner Köng.

In den letzten Wochen ist Edmund Schultheß mit Lob überschüttet worden. Die bürgerlichen Gazetten haben ihn anläßlich seines Rücktrittes als einen der größten Staatsmänner gefeiert; selbst diejenigen, die ihn während seiner langen Amtszeit oft genug angriffen, als den »roten Schultheß« diffamierten und als »Schrittmacher des Staatssozialismus« verschrien, stimmten in diesen Chor ein. Die überragende persönliche Bedeutung des Demissionärs ist unbestritten. Sein gewaltiger Einfluß, den er dank seiner reichen geistigen Gaben und seines leidenschaftlichen politischen Temperamentes auf die Entwicklung der schweizerischen Demokratie während eines Menschenalters hindurch ausübte, kann niemand leugnen. Er geht als der Repräsentant der Epoche der Kriegs- und Nachkriegszeit in die schweizerische Geschichte ein. Im Besitze der größten tatsächlichen Machtfülle bestimmte er in dieser Periode oft fast diktatorisch die Geschicke der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Diese Tatsache darf aber denjenigen, der politische Vorgänge nicht in der roman-

tischen Beleuchtung einer bürgerlich-idealistischen Weltanschauung betrachtet, nicht dazu führen, einen mystischen Persönlichkeitskult zu treiben, der die großen sozialen und ökonomischen Hintergründe nicht mehr in den Bereich seiner Betrachtung mit einbezieht. Im Gegenteil muß nach unserem Dafürhalten an die Stelle einer verschwommen-idealisierenden Apologie eine ernsthafte Analyse der ökonomischen Wandlungen treten, die es erlaubt, daraus für die Aufgaben der Arbeiterklasse konkrete Schlüsse zu ziehen.

I.

1912 — 1935! Wieviel schicksalsschwere Ereignisse liegen zwischen diesen beiden Daten! In welch geradezu ungeheurem Maße veränderte sich während dieser Zeit das Weltbild, welch tiefe Furchen zog in diesen 23 Jahren die wirtschaftliche Entwicklung in die politische Gestaltung! Das erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts war auch für den schweizerischen Kapitalismus eine Periode des Aufstieges. Gewiß vollzog er sich nicht mehr in den stürmischen Formen der 60er und 70er Jahre; aber immer noch befand sich die kapitalistische Entwicklung wenigstens äußerlich in ihrer ansteigenden Phase. Das Volkseinkommen nahm von Jahr zu Jahr zu, die Industrie blühte, die Agrarkrisen der 70er und 80er Jahre waren überwunden. Der Arbeiterschaft fiel absolut ein steigender Anteil am gesamten gesellschaftlichen Einkommen zu, wenn die Lohnquote sich relativ auch damals schon verkleinerte. Handel und Industrie, aber auch das Kleingewerbe und überhaupt die mittelständischen Schichten profitierten von der kapitalistischen Integration. Dieser günstigen ökonomischen Situation entsprach die geistige Haltung. Ein unbeschränkter Optimismus herrschte über die Menschen und ließ sie in eudämonistischem Glauben vom ewigen Fortschritt träumen. Selbst in der Arbeiterbewegung wuchs mehr und mehr die Ueberzeugung, daß der Kapitalismus noch Jahrzehnte unerschüttert fortbestehen werde. Man spürte noch keine Anzeichen von der langsamer werdenden kapitalistischen Ausdehnung, die in Wirklichkeit bereits um die Jahrhundertwende deutlich einsetzte, und verlachte die gewaltige theoretische Leistung einer Rosa Luxemburg, die die Theorie der Verengung des nichtkapitalistischen Raumes entwickelte und damit einen wichtigen grundlegenden Beitrag zur Analyse der imperialistischen Kräfte lieferte. Freilich hatte man in der praktischen Wirtschaftspolitik die alten Weisheiten der klassischen Nationalökonomen zum größten Teil schon aufgegeben. Das »Laissez faire« blieb als höchste Weisheit in den nationalökonomischen Lehrbüchern — wie es auch heute noch darin steht —, aber die Wirtschaftspolitik aller Staaten des mittel- und westeuropäischen Kapitalismus war bereits ganz andere Wege gegangen. Das soziale Problem der Arbeiterfrage hatte den ersten Interventionen gerufen; eine kurze Periode liberaler Handelspolitik, die nicht einmal zwanzig Jahre dauerte, war von einer neuen Welle des Protektionismus abgelöst worden, der in allen Ländern immer stärker um sich griff. Gewiß setzte man sich zu

Beginn dieses Jahrhunderts auch mit den Wandlungen des Kapitalismus auseinander. Allein, man merkte nicht, daß der Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung bereits überschritten war und die Kurve abzusteigen begann, weil die äußeren Merkmale immer noch auf eine fortschreitende Aufwärtsbewegung hindeuteten. Die Dividenden stiegen, das Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate wollte sich nicht bewahrheiten, die Löhne hoben sich — von der Verelendung war auch für den genauesten Statistiker nichts zu sehen. Und wenn in jener Zeit Kolonialkriege am Horizont drohten, wenn sich neue Gegensätze am europäischen Himmel zusammenballten, so wußte man noch nichts von der Tatsache des imperialistischen Krieges — man träumte sorglos und heiter — bis zum 28. Juni 1914!

Dieses allgemeine Bild traf auch auf den schweizerischen Kapitalismus zu. Die letzten Jahrzehnte der Vorkriegszeit waren eigentlich die einzige Periode, in der die schweizerische Bourgeoisie auch aus eigenem Antrieb eine aktive Sozialpolitik inaugurierte. In diese Zeit fällt die Schaffung der Kranken- und Unfallversicherung und die Vorbereitung der Revision des Fabrikgesetzes. Allein nicht nur auf sozialpolitischem Gebiet begann man die ersten Steine vom Gebäude des klassischen Liberalismus abzutragen. 1898 hatte die Eisenbahnverstaatlichung eine gewaltige Bresche in das Prinzip des freien Spiels der Kräfte geschlagen. Mochten die Repräsentanten einer doktrinären Handels- und Gewerbefreiheit — wie etwa der frühere Bundesrat Numa Droz — noch so sehr toben, das Schweizervolk sanktionierte das Prinzip der Intervention und legte damit die Grundlagen für eine Politik des sozialen Fortschrittes, wie es sie seither in mancher Volksabstimmung bestätigt hat. Freilich seit 1898 meist gegen den Willen der herrschenden Partei des Freisinns, die sich im Laufe der letzten dreißig Jahre immer eindeutiger und unverschleierter zur Klassenpartei des städtischen und ländlichen Bürgertums entwickelte. Nach der Eisenbahnverstaatlichung kam der Zolltarif von 1902, der ebenfalls einen weiteren Schritt der Abkehr von den Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik brachte. Unter dem vieldeutigen Namen der »Kampfzollpolitik« bedeutete er nichts anderes als die Einleitung einer offen protektionistischen Handelspolitik. So wurden die Grundsätze des wirtschaftlichen Liberalismus in den Hintergrund gedrängt. Die Fiktion vom Automatismus der Wirtschaft wurde aufgegeben und der Staat immer stärker in den Ablauf des ökonomischen Geschehens eingeschaltet. Das Manchestertum mußte die ersten Positionen räumen — ungern, zögernd, gewiß; aber es räumte sie. Stets tauchte allerdings der Vorbehalt auf, nur die ungehemmte freie Konkurrenz werde die höchste Wohlfahrt gewährleisten und die Ausnahmen dürften an diesem Grundsatz auch nicht das geringste verändern.

In diese Zeit hinein wurde Edmund Schultheß gestellt. Er war kein Liberaler im alten Sinne des Wortes, kein Mann, der an den Lehrsätzen der bürgerlichen Nationalökonomie starr und stur festhielt. Mit beiden Füßen stand er auf dem Boden der einmal ge-

gebenen Tatsachen, um nach den Erfordernissen des Augenblickes rasch und sicher zu entscheiden. Programmlos, doktrinlos, ja fast grundsatzlos trat er sein Amt an; ohne bestimmte Richtlinie über den einzuschlagenden Weg, ohne theoretische Fundierung, aber ausgestattet mit einem scharfen Blick für das praktisch Mögliche und Erreichbare. Er war weder Freihändler noch Protektionist, weder Industrievertreter noch Bauernpolitiker. Er stand nicht links und nicht rechts im Freisinn, sondern balancierte zwischen den einzelnen Strömungen und ließ sich nur von den Gegebenheiten des Tages, ja der Stunde leiten. Fast genau zwei Jahre nach seiner Wahl in den Bundesrat brach der Weltkrieg los, der auch an die schweizerische Wirtschaftspolitik und ihre Führer ganz neue Anforderungen stellte. Schultheß organisierte die Kriegswirtschaft, schränkte die Freiheit des Unternehmers auf ein Mindestmaß ein und vereinigte schließlich alle wirtschaftlichen Fäden in seiner Hand. Wir wissen nicht, ob er sich an der von Walter Rathenau geschaffenen deutschen Kriegswirtschaft orientierte — die Annahme ist wohl eher zu verneinen; aber die Tatsache bleibt bestehen, daß Schultheß in diesem Augenblick alle Bindungen liberaler Tradition im Gebiete der Wirtschaftspolitik über Bord warf. Er schuf im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der Schweiz eine Planwirtschaft, die unvollkommen war, die viele Fehler hatte und oft nur mangelhaft funktionierte, die aber doch in grundsätzlicher Beziehung dem Credo des alten Liberalen völlig entgegenstand. Freilich war diese Kriegs-Planwirtschaft ausgesprochen kapitalistisch. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie stand nicht einen Moment in Frage; im Gegenteil zeigte sie gerade während dieser Periode sehr scharfe Exzesse. Allein, das vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß zum erstenmal in der Entwicklung des schweizerischen Kapitalismus die Gesetze der freien Konkurrenz fast auf dem ganzen Gebiet des wirtschaftlichen Lebens ausgeschaltet waren. An ihre Stelle traten die regulierenden Bestimmungen des Staates, der in diesen vier Jahren den Art. 31 der Bundesverfassung überhaupt außer Kraft setzte.

II.

Die Nachkriegszeit hätte, wenn es keine Dynamik des wirtschaftlichen und politischen Geschehens geben würde, die Rückkehr zur Politik des laissez faire bringen sollen. In der Westschweiz wurden die Rufe immer lauter und die Opposition immer stürmischer, die die gänzliche Aufhebung der pleins pouvoirs forderte. Sie hatte teilweise Erfolg; die Machtfülle des Volkswirtschaftsdepartementes wurde etwas abgebaut. Aber es war kein Zurück zu den seligen Gefilden des bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus. Edmund Schultheß gab den Grundgedanken der staatlichen Intervention nicht mehr auf. Der protektionistische Charakter der schweizerischen Handelspolitik verschärfte sich. Der provisorische Zolltarif von 1921 war ein sprechendes Beispiel dafür. Die Stützungsaktionen für einzelne notleidende Wirtschaftszweige wurden unverändert weitergeführt, und auch in

sozialpolitischer Beziehung hielt Schultheß wenigstens an dem Hauptziel der Schaffung einer umfassenden Sozialversicherung fest. Gewisse reaktionäre Vorstöße, wie die Motion Abt auf Rückgängigmachung des Achtstundentages, denen er sein Ohr lieh, fanden im Volke keine Zustimmung. Das mochte dazu beitragen, daß Schultheß gegenüber aller Kritik seine interventionistische Politik fortsetzte. Man kann diese Zeit zwischen der Beendigung des Weltkrieges und dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am besten als die Phase der inneren Festigung und Konsolidierung des schweizerischen Interventionismus bezeichnen. Der Rahmen der staatlichen Eingriffe erweiterte sich äußerlich nicht wesentlich; aber die einmal geschaffenen Positionen wurden zäh und hartnäckig verteidigt, da und dort ausgebaut und neue Stützpunkte angelegt. Die Blütezeit des Nachkriegskapitalismus — die Periode der sogenannten relativen Stabilisierung, um diesen Begriff hier anzuführen — hatte auch in der Schweiz nichts mehr gemein mit den Hochkonjunkturen der hochkapitalistischen Epoche. Sie unterschied sich davon in mancher Beziehung, und eines der entscheidendsten Merkmale der Differenzierung war gerade die fortschreitende Intervention des Staates. Sie bewies so recht, wie unmöglich eine Wirtschaftspolitik des laissez faire geworden war, nachdem sich der Konzentrationsprozeß des Kapitals und die Entwicklung zum Finanz- und Monopolkapitalismus selbst in der Schweiz in entscheidendem Maße verstärkt hatten.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1930 und die fünf folgenden Jahre der Depression änderten den Charakter des Interventionismus. Zunächst vermehrte sich die Zahl der Eingriffe. Dann aber bezweckten sie nicht mehr die bloße Reglementierung und Regulierung einzelner Phasen des wirtschaftlichen Prozesses, jetzt entwickelte sich ein eigentliches System staatlicher Wirtschaftsführung. Freilich sah Edmund Schultheß diese tiefgreifende Veränderung nicht, konnte sie auch nicht sehen, weil er in den Vorstellungen der alten bürgerlichen Welt befangen blieb. Er half da und half dort, gab der Landwirtschaft Unterstützungen und sanierte die Banken mit Bundesgeldern — ohne Plan, ohne Richtung, ohne Ziel. »Durchhalten« war seine Parole, durchhalten bis zum Wiederanstieg der Konjunktur. Für ihn blieb die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine der normalen zyklischen Krisen im Ablaufe der kapitalistischen Entwicklung, an deren Ende der Depression ein neuer Aufschwung, eine neue Prosperity mit Wohlstand und Reichtum folgen. Deshalb glaubte er, für die schlimmste Zeit des Krisentiefs wiederum alle Machtmittel des Staates zur Verfügung stellen zu können. Deshalb sprach er sich auch während vier Jahren gegen die Politik des Abbaues aus, weil er an der Ueberlieferung aus der hochkapitalistischen Epoche festhielt, daß das Volksvermögen der Schweiz letzten Endes gerade auf der Voraussetzung eines hohen Lebensstandards unseres Volkes beruhe. — — — Als die Krise vier Jahre lang gedauert hatte, ging Edmund Schultheß in seine Heimatstadt Aarau und verdammte in zwei Stunden, was er während eines Menschenalters verteidigt hatte.

Dann schrieb er eine bundesrätliche Botschaft, wie sie kein Manchestertum mit größerer Begeisterung für das Harmoniedogma der bürgerlichen Nationalökonomie hätte verfassen können. Der gleiche Edmund Schultheß, der während seiner ganzen bundesrätlichen Tätigkeit den Art. 31 der Bundesverfassung immer mehr als eine bloß dekorative Vorschrift betrachtet hatte, warf sich nun zum feurigsten Verteidiger der unbeschränkten Handels- und Gewerbefreiheit auf. — Persönlich fand er damit den Rückweg in die gute Stube des bürgerlichen Liberalismus. Das mag den Biographen und Historiker interessieren. Uns kümmert das hier nicht; denn die grundsätzliche Bedeutung seiner Wirtschaftspolitik wird durch diesen Salto mortale am Ende seiner politischen Laufbahn nicht mehr berührt.

Die Aera Schultheß bleibt für den schweizerischen Kapitalismus die Zeit der entscheidenden Liquidation der ideologischen Grundlagen des bürgerlichen Liberalismus. In den 23 Jahren seiner Amtstätigkeit blieb von der Handels- und Gewerbefreiheit fast nur noch ein Schatten übrig. Als Maxime für die schweizerische Wirtschaftspolitik hat sie aufgehört, zu existieren. Edmund Schultheß war zum Liquidator wie kein anderer prädestiniert; denn er war nicht auf Doktrinen versessen und kümmerte sich nicht um grundsätzliche Bedenken, sondern nahm die Dinge, wie sie waren. Die Verhältnisse aber offenbarten auf Schritt und Tritt die Unmöglichkeit einer liberalen Wirtschaftspolitik. Der Kapitalismus hatte sich in seiner Entwicklung von diesen Prinzipien befreit und wurde mit der Verstärkung der monopolistischen Tendenzen auch immer mehr mit der Staatsmacht verbunden. Schultheß tat nichts, um diese Entwicklung zu hemmen. Er war eine zu nüchtern, zu praktisch denkende Natur, um grundsätzlicher Bedenken wegen die Notwendigkeiten der Stunde zu verpassen.

Heute wünscht im Ernste niemand mehr eine Renaissance der liberalen Wirtschaftspolitik. Und wenn einzelne Unternehmer noch die Selbstverantwortlichkeit des Individuums preisen, so denken sie dabei bloß an den möglichen Gewinn, während sie zur Sozialisierung der Pleiten alle recht gerne bereit sind. Einige vergessene Publizisten singen noch gelegentlich das Hohelied der freien Konkurrenz — aber es hört sie niemand. Selbst wenn heute die feste Absicht vorhanden wäre, die schweizerische Wirtschaftspolitik in ein liberales Fahrwasser zurückzusteuern, sie könnte nie verwirklicht werden. Die Eingriffe des Staates haben einen zu nachhaltigen Einfluß ausgeübt; sie umfassen fast jeden Wirtschaftszweig, und ihr Abbau würde eine wirtschaftliche Katastrophe von nie dagewesenem Ausmaß hervorrufen.

In der Aera Schultheß wurde der liberale Kapitalismus des 20. Jahrhunderts endgültig überwunden. Das ist — so scheint uns wenigstens — die große historische Bedeutung dieses letzten freisinnigen Politikers von Format. Seine Wirtschaftspolitik demonstrierte dem Schweizervolk Jahr für Jahr die Sinnwidrigkeit des »freien Spiels der Kräfte«. Darin liegt im Grunde gesehen — man

entschuldige das Paradoxon — ein kleines, bescheidenes Stückchen negativer ideologischer Vorarbeit für den Sozialismus — Vorarbeit in dem Sinne, daß die geistigen Widerstandskräfte im Bürgertum heute zweifellos schon stark zertrümmert sind. Unbewußt und ungewollt tat Schultheß nichts, um die Zersetzung der bürgerlichen Wirtschaftsgesinnung aufzuhalten. Die historische Entwicklung fand in seiner Wirtschaftspolitik keine Hindernisse. Er hinterläßt dem Bürgertum kein reiches Erbe, sondern bloß einen Trümmerhaufen einst angebeteter Idole.

Im Zeitpunkt seiner Demission wird auch der schweizerische Kapitalismus mit unheimlicher Wucht in den Strudel des Zusammenbruchs gerissen. Die Klassenkämpfe verschärfen sich, bisher feste Stützen der bürgerlichen Gesellschaften wie die Bauern und der kleingewerbliche Mittelstand werden von unklaren antikapitalistischen Stimmungen erfaßt. Die bürgerliche Klasse selbst befindet sich in einer hoffnungslosen Verteidigungsstellung, freilich eine Position, in der sie über alle Machtmittel des Staates verfügen kann. Es wäre töricht, den Verlauf des kapitalistischen Niederganges in der Schweiz prophezeien zu wollen. Er wird in erster Linie von den ausländischen Ereignissen und von der Politik der Arbeiterklasse selbst abhangen. Aber es ist vielleicht möglich, daß im Verlaufe einer sozialistischen Gestaltung der mittel- und westeuropäischen Staaten sich in der Schweiz der Umbruch leichter und weniger schroff vollziehen kann, weil das Bürgertum weniger Kraftreserven einzusetzen hat. An ihrer Zerstörung in passivem Sinne entscheidend mitgewirkt zu haben, ist ein Verdienst der Aera Schultheß.

Das Lumpenproletariat

Von Paul Mattick, Chikago.

Trotz der heute sehr deutlichen Nivellierungstendenz sind die Einkommen der Arbeiter noch immer sehr verschieden. Die breite Masse, das wirkliche Proletariat, wird einerseits von der sogenannten Arbeiteraristokratie, andererseits vom Lumpenproletariat umgrenzt. Ist die Arbeiteraristokratie gewerkschaftlich auch am besten organisiert, so hat sie doch zur radikal-politischen Arbeiterbewegung fast keine Beziehungen. Ebenso ist die lumpenproletarische Gruppe ein schlechter Boden für die sozialistischen Bestrebungen. Können die besser bezahlten Arbeiter auf Grund ihrer Privilegien nur in Ausnahmefällen an einem wirklich radikalen sozialistischen Programm interessiert werden, so ist dies für die Lumpenproletarier gerade durch ihre Verelendung ausgeschlossen. Letztere müssen, um überhaupt existieren zu können, ihren Horizont selbst verengern. Die Arbeiterorganisationen, außerstande, ihnen sofort zu helfen, nehmen nur ihre Energie und Zeit in Anspruch und hindern sie eher in ihrem individuellen Kampf um die nackte Existenz. Die Mentalität des Lumpenproletariats wird deshalb